

Editorial

Österreich: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Joachim Becker

Die Präsidentschaftswahlen in Österreich brachten gleich mehrere Novitäten. Erstmals seit 1945 schaffte es keiner der Kandidaten von SPÖ und ÖVP in die Stichwahl – stattdessen traten der als „unabhängiger“ Kandidat firmierende ehemalige Grünen-Bundesvorsitzende Alexander van der Bellen und der FPÖ-Spitzenpolitiker Norbert Hofer gegeneinander an. Erstmals ordnete auch der Verfassungsgerichtshof nach nicht ordnungsgemäß durchgeführter Stimmzählung eine Wahlwiederholung der Präsidentschaftswahl an. Dieses Urteil war und ist sehr umstritten. Der Jurist Alfred Noll argumentiert in seinem Beitrag, dass laut der einschlägigen rechtlichen Bestimmung allein bei den Wahlausgang beeinflussenden Unstimmigkeiten eine Wahlwiederholung angezeigt sei. Veronika Litschel sieht das Urteil zwar als formal gerechtfertigt an, unterstreicht aber ebenfalls, dass nicht einmal die FPÖ behauptete, der WählerInnenwille sei verzerrt worden. Im Zentrum ihrer Kritik steht das ÖVP-geführte Innenministerium, das für eine ordnungsgemäße Durchführung von Wahlen verantwortlich ist und diese nicht zu gewährleisten vermochte.

Fehlkalkül

Das Kalkül der FPÖ, das Wahlergebnis durch die Wahlwiederholung vielleicht doch noch drehen zu können ging letztlich nicht auf. Der Abstand zwischen beiden Kandidaten stieg von 31.000 auf ca. 350.000 Stimmen. Van der Bellen setzte sich mit 53,8% gegenüber 46,2% für Norbert Hofer (Der Standard 2016a). Die leicht gestiegene Wahlbeteiligung kam vor allem Van der Bellen zu gute. In Großstädten wie Wien oder Graz legte er weiter zu, aber er erzielte auch Zugewinne in kleineren Städten und ländlichen Regionen. Auffällig ist, dass Van der Bellen eher in den westlichen Bundesländern, vor allem seiner Herkunftsregion Tirol, aber auch Vorarlberg reüssierte als im Osten des Landes. Im Konservatismus gibt es zwischen West und Ost augenscheinlich Unterschiede. Tirol hat historisch eine Tradition konservativer bäuerlicher Rebellion, während Vorarlberg Parallelen zum Liberalkonservatismus der benachbarten Schweiz aufweist. In der letzten Wahlkampfphase richtete sich die gut-orchestrierte Wahlkampagne Van der Bellens vor allem an ÖVP-WählerInnen und akzentuierte in dieser Hinsicht speziell das „Heimat“-Thema, ohne dieses mit Ausgrenzung zu konnotieren. Van der Bellen gewann die Unterstützung nicht nur wichtiger Exponenten der SPÖ, wie dem Wiener Bürgermeister Michael Häupl, sondern auch prominenter ÖVP-PolitikerInnen. Besonders wichtig scheinen hierbei die Unterstützungserklärungen von SPÖ- und ÖVP-BürgermeisterInnen mit ihrer lokalen Verankerung gewesen zu sein. Es gelang Van der Bellen, die sehr heterogener WählerInnenallianz, welche Grünen, Sozialdemokraten und Teile liberal-konservativer Kräfte umfasste, zusammenzuhalten. Der überparteiliche Charakter dieser Wahlbewegung trat in der Stichwahlwiederholung noch etwas stärker hervor als zuvor.

Internationale Faktoren

Van der Bellens WählerInnenschaft war stark weiblich geprägt. Bei den Frauen erreichte er einen Stimmenanteil von 62%. Weiters waren seine WählerInnen eher städtisch, gut gebildet sowie beruflich vornehmlich in den gehobeneren Berufskategorien zu finden (Gärtner 2016). Bei seiner KernwählerInnenschaft scheinen internationale Ereignisse – und die FPÖ-Reaktionen darauf – Van der Bellen geholfen zu haben. Nach der Brexit-Entscheidung beim britischen Referendum verschärfte die FPÖ zunächst ihre Tonlage gegenüber der EU. Allerdings zeigten sich die ParteigängerInnen des Brexit besser auf die Brexit-Kampagne als auf die Austrittsstrategie selbst vorbereitet. Eine erhebliche Ungewissheit umgibt die Brexit-Strategie – ob in einer „harten“ oder „weichen“ Variante – der britischen Konservativen. Aufgrund der zunehmenden Skepsis über die britische Brexit-Strategie milderte die FPÖ ihre EU-Positionen dann etwas ab. Damit wurde die FPÖ-Position immer unschärfer. Im Kern tendiert die FPÖ zu einer Kerneuropa-Konzeption, welche die Mittelmeerländer aus der Eurozone als Kernstück der EU ausschliesse.

Der Wahlsieg des weit rechts stehenden Oligarchen Donald Trump in den USA könnte einige WählerInnen, die von keinem der beiden Kandidaten überzeugt waren, aber noch weniger der nationalistischen Rechten zuneigten, zur Stimmabgabe motiviert haben. In den USA bekamen sie vorgeführt, was passieren kann, wenn man nicht zur Wahl geht. An solche WählerInnen richtete sich der Wahlkampf Van der Bellens mit dem Hinweis, es sei besser zu wählen, als sich hinterher zu wundern. Dies war eine Anspielung auf Hofers Aussage in einer frühen Phase des Wahlkampfes, man werde sich noch wundern, was (mit dem Präsidentenamt) alles möglich ist. Damals deutete er auch an, dass er eine Regierung absetzen könnte, die sich so verhalte wie die SPÖ/ÖVP-Koalition bei der Flüchtlingsfrage (vgl. den Beitrag von Litschel). Ein derartiger Bruch mit dem bisherigen Rollenverständnis des Bundespräsidenten kam bei erheblichen Teilen der WählerInnenschaft nicht gut an. Die Stimmen für Van der Bellen können in gewisser Weise auch als Votum für Stabilität gewertet werden.

Auch der teilweise sehr aggressiv geführte FPÖ-Wahlkampf, der sich sehr professionell der sogenannten Social Media bediente, hat sich partiell als kontraproduktiv herausgestellt. Sie verletzte das Anstandsgefühl und auch das Amtsverständnis einer ganzen Anzahl von WählerInnen (Schandl 2016: 9). Van der Bellen wurde international als stärker präsentabel wahrgenommen.

Insgesamt war der Wahlkampf van der Bellens kohärenter als jener Hofers. Die Botschaften blieben über ein Jahr weitgehend gleich – „Verfassungstreue“, Europa, Heimat, überparteilich. Außerdem gelang es, schwierige Themen, wie die Flüchtlinge, zumindest in den Debatten eher marginal zu halten.

Gebremster Aufstieg der FPÖ

In den Präsidentschaftswahlen mobilisierte die FPÖ einen höheren Prozentsatz der WählerInnenschaft als je zuvor. In den beiden Stichwahlgängen kam sie nahe an die 50%. Dies zeigt, wie weit die potenzielle Akzeptanz der FPÖ reicht. Obgleich die FPÖ die Präsidentschaftswahlen nicht gewann, sind die erreichten Stimmanteile für sie ein Erfolg. Die im Vergleich zu den WählerInnen Van der Bellens politisch homogenere und kompaktere WählerInnenschaft Norbert Hofers war eher männlich (56%), wies einen durchschnittlich geringeren Bildungsstand auf und war eher in kleineren Städten und auf dem Land zu

Hause. Einen extrem hohen Stimmenanteil erzielte der FPÖ-Kandidat unter (manuellen) Arbeitern – 85%. Hiermit korreliert auch seine starke Anziehungskraft für Personen mit Lehrabschluss – 64%. Überdurchschnittlich stark war Hofer allerdings auch bei Selbständigen – also dem traditionellen Kleinbürgertum – mit einem Stimmanteil von 49% (Gärtner 2016). Das sind zwei WählerInnengruppen, die wirtschafts- und sozialpolitisch kaum unter einen Hut zu bringen sind und die FPÖ tendiert programmatisch eindeutig in Richtung auf das traditionelle Kleinbürgertum. Diese heterogenen WählerInnengruppen vermochte die FPÖ über eine Wahlkampagne zu erreichen, in der sie sich als Kraft gegen das Establishment darstellte (obwohl sie selbst bereits auf Bundesebene Teil einer Koalitionsregierung war und auf Landesebene auch derzeit Koalitionspartner ist). Weiters gelang es der FPÖ über einen gegen Flüchtlinge und Muslime gerichteten Diskurs eine heterogene WählerInnenschaft zu erreichen. Hierbei zeigte sie sich in den Bundesländern Burgenland, woher ihr Präsidentschaftskandidat Hofer stammt, ihrer traditionellen Hochburg Kärnten sowie der Steiermark besonders erfolgreich. Die Steiermark weist eine stark (deutsch-)nationale Tradition auf, die zeitweilig in die ÖVP integriert wurde, nun aber wieder verstärkt der FPÖ zugutekommt. In den regionalen Stimm-Mustern der FPÖ in der Steiermark wurde, wie Oliver Pink (2016: 4) in der Presse am Sonntag aufzeigt, „auch die These falsifiziert, die FPÖ sei die Partei der Modernisierungsverlierer, der von der Globalisierung abhängen Arbeiter. (...) Die FPÖ ist hier tief in die Mittelschichten eingedrungen – ähnlich wie in Kärnten zu Jörg Haiders Zeiten.“ Letztlich ist die FPÖ eine weit rechts stehende Multi-Klassen-Partei.

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Der FPÖ gelingt es erkennbar, die Agenda und die Debatte der beiden Regierungsparteien zu beeinflussen und zu strukturieren. Ihr Zuschneiden der Flüchtlingsfrage primär auf ein Sicherheitsproblem von Grenzkontrollen hat sowohl in ÖVP als auch in SPÖ ein erkennbares Echo gefunden. Die exkludierende FPÖ-Vision des Sozialstaates, die mit gekürzten Sozialleistungen für Flüchtlinge beginnt, ist in ÖVP-Kreisen, aber – etwas abgeschwächt – auch in der SPÖ-Kreisen aufgegriffen worden. Nach der Frage der Mindestsicherung wird das in der Debatte über die Kürzung des Kindergeldes für Kinder von EU-MigrantInnen, die im Ausland leben, deutlich (vgl. Löwenstein 2016: 4). Die SPÖ ist zwischen VerfechterInnen eines inkludierenden Sozialstaates und eines exkludierenden Sozialstaates in Verbindung mit scharfem Grenzschutz gespalten. Die letztere Strömung wird vom Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil und dem burgenländischen Landeshauptmann Hans Niessl prominent vertreten. Unter der Führung Niessls koalitiert die SPÖ dann auch auf Ebene des Bundeslandes Burgenland mit der FPÖ.

Die Trennungslinien sind in der ÖVP eher noch tiefer. Die Partei ist offen gespalten in einen Flügel um den Parteivorsitzenden Reinhold Mitterlehner, der die Koalition mit der SPÖ fortsetzen will, und einen FPÖ-affinen Flügel um den Club-Chef Reinhold Lopatka und den Außenminister Sebastian Kurz. Hier beziehen sich die Spaltungslinien inhaltlich vor allem auf die Positionierung zur EU. Nach der Präsidentschaftswahl, bei der ein größerer Teil der ÖVP-WählerInnen von der Bellen den Vorzug gegeben hat, formulierte der ÖVP-Staatssekretär Werner Amon in einem Interview mit dem Standard seine Vorbehalte gegenüber der FPÖ recht scharf: „Aber durch die Bundespräsidentenwahl ist deutlich sichtbar geworden, dass ein fragwürdiger Antieuropakurs, der Österreich in die Isolation führen und unserer exportorientierten Wirtschaft schaden würde, nicht mehrheitsfähig

ist“ (Interview Oswald 2016). Hier dürften auch grundlegende Vorbehalte bei Teilen des Kapitals liegen, auf wenn ihnen ansonsten die „wirtschaftsfreundlichen“ Positionierungen der FPÖ nahe sind. Amon grenzte sich aber auch „gerade im Zusammenhang mit schwierigen Themen wie der Migrations- und Asylfrage“ von der „permanenten Einforderung von Dingen, die europarechts und menschenrechtswidrig sind“ (Interview Oswald 2016) gegenüber der FPÖ ab. Für Außenminister Sebastian Kurz scheint eine kleinere Schengenzone – beispielsweise ohne Griechenland – durchaus eine Option zu sein, wenn sie der Abwehr von Flüchtlingen dienlich ist. In den Positionierungen des FPÖ-affinen ÖVP-Flügels schimmert eine diffuse und eher implizite Kerneuropa-Konzeption durch. Nach der Präsidentschaftswahl scheint dieser Flügel allerdings vorerst etwas geschwächt.

Die Grünen hielten sich während des langen Wahlkampfes eher bedeckt, um den Wahlkampf Van der Bellens nicht zu stören. Dies war wahlentscheidend, denn ein grün-blaues Duell hätte Van der Bellen sicherlich verloren. Doch die Parteivorsitzende Eva Glawischnig ließ nach den Wahlen erkennen, dass sie „pro-europäische Positionen und einen Gräben überbrückenden Kurs der Mitte auch für die Grünen beibehalten will. Dies liefe auf eine Fokussierung auf schwarz-grüne WählerInnen und eine politische Annäherung an ÖVP-Positionen hinaus. Bei den Grünen ist dies nicht unumstritten. Teils wird ein schärferes Oppositionsprofil mit einer Akzentuierung sozialer Fragen favorisiert, das neben den schwarz-grünen WechselwählerInnen in Westösterreich vor allem auch rot-grüne WechselwählerInnen in Ostösterreich und den Städten, die teils schon in WählerInnenreserve der Nicht(-Mehr-)WählerInnen abgewandert sind, ansprechen soll.

„Ein liberales ‚Nur Brüssel kann uns retten‘ führt genauso in die Sackgasse wie eine Renationalisierung der Politik“, hält der Publizist Franz Schandl (2016: 9) fest. Für die Entwicklung von Alternativen jenseits dieser diskursiven Polarisierung haben Kräfte, die sich gegen den exkludierenden Nationalismus der FPÖ stellen, durch die Präsidentschaftswahl etwas Zeit gewonnen. Nicht mehr und nicht weniger.

Literatur

- Der Standard (2016): Van der Bellen kommt auf 53,79 Prozent. Der Standard 6.12. (<http://derstandard.at/2000048849347/Van-der-Bellen-kommt-auf-53-79-Prozent>; abgerufen: 6.12.2016)
- Gärtner, Gerald (2016) Wer wem seine Stimme gegeben hat. In: *derstandard.at*, 4.12. (<http://derstandard.at/200048754159/Wer-wem-seine-Stimme-gegeben-hat>; abgerufen: 5.12.2016)
- Löwenstein, Stephan (2016) Österreichs Regierungspartner suchen den Populismus der Mitte. In: *Frankfurter Allgemeine*, 16.12., 4
- Oswald, Günther (2016) ÖVP-Führung gegen Koalition mit EU-kritischer FPÖ. In: *derstandard.at*, 12.12. (<http://derstandard.at/200049135331/OeVP-Fuehrung-gegen-Koalition-mit-EU-kritischer-FPOe>; abgerufen: 12.12.2016)
- Pink, Oliver (2016) Die Steiermark ist das neue Kärnten. In: *Die Presse am Sonntag*, 11.12., 4
- Schandl, Franz (2016) Alles eitel Wonne. In: *Der Freitag*, 8.12., 9